



Bereich: 32 Ordnung und Soziales

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	66.122,57	0	1.500	1.540	1.580	1.620
3 + Sonstige Transfererträge	83.358,32	92.000	92.000	92.000	92.000	92.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.634.373,06	1.522.000	1.574.600	1.594.600	1.594.600	1.594.600
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	18.726,52	14.600	10.500	10.500	10.500	10.500
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	492.748,78	508.500	560.200	537.200	531.000	551.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	63.862,85	59.000	69.200	69.200	69.200	69.200
10 = Ordentliche Erträge	2.359.192,10	2.196.100	2.308.000	2.305.040	2.298.880	2.318.920
11 - Personalaufwendungen	4.237.757,66	4.919.770	5.371.100	5.327.470	5.377.170	5.522.670
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	675.038,10	729.580	803.910	800.730	800.600	810.120
15 - Transferaufwendungen	1.604.056,71	1.640.520	1.934.090	1.917.790	1.921.490	1.925.290
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	379.159,45	470.020	562.110	540.860	514.180	535.700
17 = Ordentliche Aufwendungen	6.896.011,92	7.759.890	8.671.210	8.586.850	8.613.440	8.793.780
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-4.536.819,82	-5.563.790	-6.363.210	-6.281.810	-6.314.560	-6.474.860
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	725.814,09	719.610	719.610	719.610	719.610	719.610
29 = Ergebnis	-5.262.633,91	-6.283.400	-7.082.820	-7.001.420	-7.034.170	-7.194.470

Taktische Ziele

Weiterentwicklung und Förderung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, Familien, ältere und Menschen mit Behinderung durch

- Entwicklung eines Demographiekonzeptes
- Erstellung eines Angebotskataloges von Beratungs- und Unterstützungsleistungen (stadtweit)

Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten durch

- Planung und Durchführung von konkreten Maßnahmen auf Grundlage des Integrationskonzeptes

Integration der Siedlungsbereiche Monheim, Baumberg und des Berliner Viertels in eine gesamtstädtische Entwicklung durch

- Fortsetzung der Zukunftswerkstatt „Berliner Viertel“

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ auf kommunaler Ebene durch

- Fortsetzung des Prozesses „Monheim am Rhein – eine Stadt für alle“

Umsetzung der auf Grundlage des Brandschutzbedarfsplanes beschlossenen Maßnahmen durch

- Realisierung von baulichen Maßnahmen an der Feuer- und Rettungswache
- Konzept zum Gewinn und Erhalt von ehrenamtlichen Kräften bei der Feuerwehr

Ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung folgender Wahlen:

- Europawahl
- Kreistags- und Ratswahl
- Bürgermeisterwahl
- Wahl des Integrationsrates

Bereich: 32 Ordnung und Soziales

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2014

Weiterentwicklung und Förderung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung durch

- **Entwicklung eines Demographiekonzeptes**
- **Erstellung eines Angebotskataloges von Beratungs- und Unterstützungsleistungen (stadtweit)**

Im Jahr 2013 wurde ein politischer Beschluss für die Erarbeitung eines Status-Quo-Berichtes zur demografischen Situation in der Verwaltung mit externer Begleitung gefasst. Es hat sich dabei herausgestellt, dass es in Zusammenhang mit dem eingeleiteten Inklusionsprozess erhebliche Schnittmengen bei den Handlungsfeldern gibt. Insofern ist beabsichtigt, das Handlungsfeld „Demographischer Wandel“ in den Inklusionsprozess mit einzubeziehen.

Die Angebote von Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden in einem ersten Schritt stadtweit erfasst und später in einer Gesamtübersicht zur Verfügung gestellt. Diese Übersicht soll es der Bürgerschaft erleichtern, sich über die Beratungs- und Unterstützungsangebote zu informieren.

Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten durch

- **Planung und Durchführung von konkreten Maßnahmen auf Grundlage des Integrationskonzeptes**

Um dem erkannten besonderen Handlungsbedarf im Themenfeld „Teilhabe und Freizeitgestaltung“ (Punkt 6.2 des Integrationskonzeptes) zu entsprechen, baut das Integrationsbüro seine Zusammenarbeit mit der Volkshochschule sowie anderen Anbietern von Sprach- und Integrationskursen am Ort weiter aus mit dem Ziel, Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer mit ihrer Stadt und den Möglichkeiten der politischen Partizipation und der ehrenamtlichen Mitwirkung in Vereinen, Verbänden und Institutionen vertraut zu machen. Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen ist vorgesehen, mindestens einmal im Monat eines der jeweiligen Kursangebote zu besuchen.

Die Verbindung des Integrationsbüros mit der Abteilung Ordnung hat die Möglichkeit geschaffen, das Thema Integration beim Genehmigungsverfahren größerer Veranstaltungen ortsansässiger Vereine anzusprechen, mit dem Ziel der Gewinnung neuer oder weiterer Besucher aus Kreisen der Migrantinnen und Migranten bis hin zur Gewinnung neuer Mitglieder der Vereine.

Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und Workshops mit dem Ziel der Gewinnung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern zur Wahl eines Integrationsgremiums 2014

Integration der Siedlungsbereiche Monheim, Baumberg und des Berliner Viertels in eine gesamtstädtische Entwicklung durch

- **Fortsetzung der Zukunftswerkstatt „Berliner Viertel“**

In 2014 ist die weitere Entwicklung von Projektideen und Maßnahmen in den jeweiligen Handlungsfeldern vorgesehen.

Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Handlungsfelder werden sich zusätzlich zu den Handlungsfeldtreffen in regelmäßigen Abständen in der Koordinierungs-/Verwaltungsgruppe treffen, um sich über die Entwicklungsfortschritte auszutauschen, mögliche Überschneidungen oder Kooperationen abzustimmen und offene Fragen zu klären.

Im Rahmen der jährlichen „Zukunftswerkstatt Berliner Viertel“ werden die erarbeiteten Ergebnisse und erfolgreich abgeschlossenen Teilprojekte allen Interessierten aus dem Berliner Viertel präsentiert. Gleichzeitig haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, neue Ideen und Anregungen in den weiteren Prozess einzubringen und sich für die Mitwirkung in einzelnen Handlungsfeldern zu entscheiden.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ auf kommunaler Ebene durch

- **Fortsetzung des Prozesses „Monheim am Rhein – eine Stadt für alle“**

Die Auftaktveranstaltung mit dem Start der Inklusionsaktivitäten hat am 22. Juni 2013 im Baumberger Bürgerhaus unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, aber auch vieler Akteure aus Vereinen, Verbänden und Institutionen stattgefunden. Dabei wurden themenbezogene Arbeitsgruppen gebildet, die, von der Verwaltung begleitet, engagiert Optimierungsbedarf aufzeigen oder auch bereits umgesetzte gute Beispiele von Inklusion aufzeigen werden. Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Arbeitsgruppen gestalten wesentlich den weiteren Projektverlauf und werden im Rahmen weiterer, öffentlicher Veranstaltungen bekannt gemacht und mit der Bürgerschaft diskutiert.

Umsetzung der auf Grundlage des Brandschutzbedarfsplanes beschlossenen Maßnahmen durch

- **Realisierung von baulichen Maßnahmen an der Feuer- und Rettungswache**
- **Konzept zum Gewinn und Erhalt von ehrenamtlichen Kräften bei der Feuerwehr**

Die Feuerwehr hat unter Hinweis auf den aktuellen Brandschutzbedarfsplan (Beseitigung baulicher Mängel) ihre Raumanforderung unter Berücksichtigung von rechtlich vorgegebenen Standards (z.B. Unfallverhütungsvorschriften) und funktionalen Erfordernissen erstellt. Zurzeit wird durch das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement die Umsetzung der erforderlichen Baumaßnahmen am vorhandenen Standort geprüft. Auf Grundlage der Prüfungsergebnisse sind ggf. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Gremienbeschlüsse erforderlich.

Ebenfalls unter Hinweis auf den aktuellen Brandschutzbedarfsplan sind die dort beschlossenen Maßnahmen im Hinblick auf die Bereitstellung zusätzlichen hauptamtlichen Personals umgesetzt. Mit der Besetzung einer Tagesdienststelle (Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung) ist für den Stelleninhaber die vorrangige Aufgabe verbunden, ein Konzept für die Gewinnung und den Erhalt von ehrenamtliche Kräften zu entwickeln, das zu gegebener Zeit den Ratsgremien vorgelegt werden soll.

Ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Europawahl, Bürgermeisterwahl, Kreistags- und Ratswahl sowie des Integrationsrates in 2014

Auf Grundlage der aktuellen Gesetze und Verordnungen werden im Jahre 2014 die vier Wahlen vom Bereich vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet. Über einen Zeitraum von sechs Monaten muss hierfür ein Stellenanteil von zwei Vollzeitkräften im Bereich eingeplant werden. Zudem benötigt der Bereich für die Besetzung des Briefwahllokales weitere qualifizierte Beschäftigte aus der gesamten Verwaltung. Eine fachgerechte Weiterbildung aller Beteiligten ist zwingend erforderlich. Zudem werden für alle Wahlvorstände sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Der Gesamtzuschussbedarf erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr von 6.283.400 € um 799.420 € auf insgesamt 7.082.820 €.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales

Ordentliche Erträge

Im Jahr 2014 ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr höhere ordentliche Erträge in Höhe von 111.900 €. Dies ist insbesondere auf steigende Erträge bei den Benutzungsgebühren des Rettungsdienstes und höheren Landeszuschüssen für Flüchtlinge nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zurückzuführen.

Ordentliche Aufwendungen

Bei den ordentlichen Aufwendungen ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 911.320 €. Die Erhöhung ist zurückzuführen auf Steigerungen bei den Personalaufwendungen (+451.330 €), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+74.330 €), Transferaufwendungen (+293.570 €) und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (+92.090 €).

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen werden Steigerungen von 4.919.770 € um 451.330 € auf 5.371.100 € erwartet. Die Personalaufwendungen steigen unter anderem in den Produkten Feuerwehr sowie Rettungsdienst und Krankentransport durch die Neueinstellung von fünf Rettungsassistenten aufgrund der Beschaffung eines zweiten Rettungswagens sowie der Umstellung im Einsatzdienst von 54 auf 48 Stunden/Woche (auslaufen der Opt-Out-Regelung). Darüber hinaus wird im Bürgerbüro und im Produkt Allgemeine Sozialhilfe jeweils eine neue Stelle eingerichtet.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Unterhaltungsaufwendungen des beweglichen Vermögens und der Betriebsvorrichtungen sowie die Aufwendungen für die Unterhaltung der städtischen Fahrzeuge im Bereich steigen.

Transferaufwendungen

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergeben sich bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz höhere Aufwendungen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten ist seit Bekanntwerden des Urteils gestiegen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Insbesondere für die Aus- und Fortbildung aller Beschäftigten des Bereiches sind 85.500 € Mehraufwendungen erforderlich.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 00 Bereichsinterner Overhead

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	21.000,00	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	642,90	0	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	109,59	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	21.752,49	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	238.602,92	176.220	174.770	178.970	179.510	184.050
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.259,11	0	0	0	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.517,52	35.000	52.580	52.580	52.580	52.580
17 = Ordentliche Aufwendungen	287.379,55	211.220	227.350	231.550	232.090	236.630
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-265.627,06	-211.220	-227.350	-231.550	-232.090	-236.630
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	161.254,09	133.550	133.550	133.550	133.550	133.550
29 = Ergebnis	-426.881,15	-344.770	-360.900	-365.100	-365.640	-370.180

Produktleistungen

Organisation und Verwaltung des Bereichs Ordnung und Soziales

Zielgruppen

Rat und Ausschüsse
 Verwaltungsvorstand
 Einrichtungen und Abteilungen des Bereiches
 Einwohnerinnen und Einwohner

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen sinken von 176.220 € um 1.450 € auf 174.770 €.
 Sonstige ordentliche Aufwendungen steigen von 35.000 € um 17.580 € auf 52.580 € aufgrund von erhöhtem Fortbildungsbedarf im Bereich.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 00 Bereichsinterner Overhead

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Bereichsinterner Overhead				
Vollzeitstellen des Bereichs insgesamt	Anz.	86,03	90,68	100,49
Vollzeitstellen	Anz.	4,04	2,56	2,47
Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Bereichsinterner Overhead				
Fortbildungsaufwendungen des Bereichs insgesamt	€	10.914	13.000	53.500

Erläuterungen zu den Leistungen

Im Produkt Bereichsinterner Overhead erfolgt die Organisation und Verwaltung des Bereiches Ordnung und Soziales.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 01 Bürgerbüro

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	317.601,83	336.000	308.000	308.000	308.000	308.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1,30	0	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.005,60	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
10 = Ordentliche Erträge	318.608,73	337.000	309.000	309.000	309.000	309.000
11 - Personalaufwendungen	370.068,60	403.540	426.210	433.500	447.810	462.430
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	222.401,72	260.900	231.200	231.200	231.200	231.200
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.697,73	10.800	4.450	4.450	4.450	4.450
17 = Ordentliche Aufwendungen	596.168,05	675.240	661.860	669.150	683.460	698.080
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-277.559,32	-338.240	-352.860	-360.150	-374.460	-389.080
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.660,00	52.160	52.160	52.160	52.160	52.160
29 = Ergebnis	-328.219,32	-390.400	-405.020	-412.310	-426.620	-441.240

Produktleistungen

Bearbeiten aller Melde-, Ausweis- und Pass-,
 Führerscheinangelegenheiten sowie Fundangelegenheiten
 Beantragung von Führungszeugnissen
 Einbürgerungen

Fortsetzung Produktleistungen

Fischereischeine
 Ausländerangelegenheiten
 Befreiung von GEZ-Gebühren

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Natürliche und juristische Personen
 Einbürgerungsbegehrende Personen
 Kreis Mettmann
 Alle übrigen Bereiche

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Es werden weniger Personalausweise und Reisepässe nachgefragt. Daher sinken die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um 28.000 €. Die Personalaufwendungen steigen von 403.540 € um 22.670 € auf 426.210 €, da eine zusätzliche Stelle aufgrund von Aufgabenverlagerungen innerhalb der Verwaltung zur Optimierung des Bürgerservices erforderlich wurde. Es fallen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen geringere Erstattungen an den Bund und den Kreis Mettmann in Höhe von 29.700 € an. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden um 6.350 € reduziert, da keine Aufwendungen in bisheriger Höhe erwartet werden.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 01 Bürgerbüro

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Bürgerbüro				
Einwohnerinnen und Einwohner	Anz.	42.099	42.120	42.000
An-, Ab- und Ummeldungen	Anz.	5.983	6.000	6.000
Schriftliche Melderegisterauskünfte	Anz.	9.596	9.480	10.800
Ausstellen von Personalausweisen	Anz.	4.480	5.160	3.360
Ausstellen von Reisepässen	Anz.	1.610	1.680	1.560
Ausstellen von Kinderausweisen	Anz.	519	425	445
Bearbeitung von Führungszeugnisanträgen	Anz.	1.515	1.620	1.560
Einbürgerung Beratung	Anz.	340	299	300
Einbürgerungsanträge	Anz.	87	87	77
Vollzeitstellen	Anz.	8,26	8,59	9,34
Kennzahlen				
	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Bürgerbüro				
Erträge aus Verwaltungsgebühren für Ausweise, Führerscheine, etc.	€	317.582	336.000	308.000
Anteilige Erstattungen an Bund, Land und Gemeinden	€	221.172	260.900	231.200

Erläuterungen zu den Leistungen

Das Bürgerbüro ist für Personaldokumente, Führungszeugnisse, Führerscheine, Meldeangelegenheiten, Fischereischeine und vieles mehr die zentrale Servicestelle im Rathaus.
 Zudem können dort Einzahlungen städtischer Gebühren vorgenommen, Müllsäcke erworben sowie Hunde an- und abgemeldet werden.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 02 Allgemeiner Bürgerservice

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	40.000,00	0	0	0	0	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	654,19	2.600	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	40.654,19	2.600	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	265.203,47	304.990	327.390	335.100	339.110	347.350
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	126,41	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050
15 - Transferaufwendungen	62.860,00	70.060	90.000	70.000	70.000	70.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	70.994,35	90.840	82.800	81.300	81.300	81.300
17 = Ordentliche Aufwendungen	399.184,23	466.940	501.240	487.450	491.460	499.700
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-358.530,04	-464.340	-501.240	-487.450	-491.460	-499.700
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.640,00	34.640	34.640	34.640	34.640	34.640
29 = Ergebnis	-393.170,04	-498.980	-535.880	-522.090	-526.100	-534.340

Produktleistungen

Dienstleistungen und Informationen für Einwohnerinnen und Einwohner in Angelegenheiten
 - der Rentenversicherung
 - der Behindertenkoordination
 - der Pflege- und Wohnberatung

Fortsetzung Produktleistungen

- des Sozialen Dienstes
 - des Ehrenamtlichen Engagements
 - der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte
 - der demographischen Entwicklung
 - älterer Menschen sowie des Seniorinnen- und Seniorenbeirates und des Seniorenbüros

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Organisationen und Vereine
 Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige sowie deren Angehörige
 Fachkräfte im Bereich der sozialen Arbeit sowie der Vereine und Organisationen, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzen, Menschen mit Migrationsgeschichte
 Rat und Ausschüsse

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten sind keine Erträge zu erwarten, da der Tanztee nicht mehr durchgeführt wird.
 Die Personalaufwendungen erhöhen sich aufgrund von Verlagerung von Personalressourcen innerhalb des Bereiches von 304.990 € um 22.400 € auf 327.390 €.
 Für die Projektgestaltung „Inklusion“ werden in 2014 20.000 € bei den Transferaufwendungen eingestellt.
 Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen entfallen unter anderem die Aufwendungen für die Planung und Durchführung des Tanztees.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 02 Allgemeiner Bürgerservice

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Hilfen für Behinderte und Pflegebedürftige				
Anträge nach dem Schwerbehindertengesetz	Anz.	1.048	960	1.140
Vollzeitstellen	Anz.	0,70	0,70	0,65
Integration, Demographie und Ehrenamt				
Ausgegebene Ehrenamtskarten	Anz.	61	24	24
Anzahl der Sitzungen des Integrationsausschusses	Anz.	4	3	3
Anzahl von Veranstaltungen mit Beteiligung/Durchführung durch das Integrationsbüro	Anz.	12	12	12
Vollzeitstellen	Anz.	0,78	1,00	0,81
Rentenversicherungsangelegenheiten				
Rentanträge	Anz.	320	390	390
Kontenklärungen über Rentenversicherungszeiten	Anz.	204	240	240
Vollzeitstellen	Anz.	1,08	1,08	1,08
Sozialer Dienst				
Vollzeitstellen	Anz.	1,05	1,05	2,15
Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Leistungen für ältere Menschen				
AWO Betriebskostenzuschuss	€	60.000	60.000	60.000
Miete AWO Gertrud-Borkott-Haus	€	30.203	30.200	30.200
Rentenversicherungsangelegenheiten				
Rentanträge je Vollzeitstelle	Anz.	296,30	361,11	361,11

Erläuterungen zu den Leistungen

Der allgemeine Bürgerservice unterstützt bei Rentenanträgen, Anträgen auf Ausstellung und Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen sowie Ältere und Menschen mit Behinderung.

Der Soziale Dienst bietet eine umfassende Beratung und Hilfe in schwierigen Lebenssituationen an, z. B. bei der Unterstützung im Umgang mit anderen Behörden, im Bereich der Pflege, zur Wohnsituation, in Betreuungsangelegenheiten oder bei einer anstehenden Heimunterbringung. Ziel ist es, in gemeinsamen Gesprächen Lösungswege zu entwickeln.

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Demenznetz Monheim am Rhein“ erfolgt durch Veranstaltungen und Seminare eine intensive Aufklärung über die Krankheit, ebenso werden Außensprechstunden angeboten.

Die Ehrenamtsbörse nutzt alle sich bietenden Kontakte, um engagierte Personen auf die Möglichkeiten ehrenamtlicher Mitwirkung in Vereinen, Verbänden und Organisationen aufmerksam zu machen. Ein Schwerpunkt bei allen Aktivitäten ist die Aktivierung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte für ehrenamtliches Engagement.

Das Integrationsbüro hat seine Vernetzung mit lokalen Anbietern von Beratungsdienstleistungen weiter ausgebaut, so z. B. mit dem beratungsCentrum e.V., dem Stadtteilmanagement und der Volkshochschule. Ziel ist es, junge Menschen -insbesondere mit Migrationsgeschichte- in der Phase des Übergangs Schule - Beruf beratend zu begleiten.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 03 Standesamtswesen

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	23.905,82	20.000	23.000	23.000	23.000	23.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.593,45	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
10 = Ordentliche Erträge	35.499,27	22.000	25.000	25.000	25.000	25.000
11 - Personalaufwendungen	114.001,31	127.740	130.880	134.510	136.010	139.180
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.034,92	4.100	4.100	4.100	4.100	4.100
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	349,48	760	760	760	760	760
17 = Ordentliche Aufwendungen	117.385,71	132.600	135.740	139.370	140.870	144.040
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-81.886,44	-110.600	-110.740	-114.370	-115.870	-119.040
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.390,00	17.390	17.390	17.390	17.390	17.390
29 = Ergebnis	-99.276,44	-127.990	-128.130	-131.760	-133.260	-136.430

Produktleistungen

Alle Angelegenheiten bezogen auf das Personenstandswesen sowie Überprüfung und Weiterleitung von Anträgen an die zuständigen Stellen

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Antragstellerinnen und Antragsteller
 Öffentliche und private Einrichtungen
 Kreis Mettmann
 Andere Standesämter

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte werden an das Jahresergebnis 2012 mit einer Erhöhung von 3.000 € angepasst.
 Die Personalaufwendungen steigen von 127.740 € um 3.140 € auf 130.880 €.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 03 Standesamtswesen

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Standesamtswesen				
Beurkunden von Sterbefällen	Anz.	305	294	144
Anmeldungen zur Eheschließung	Anz.	186	158	205
Eheschließungen	Anz.	183	158	199
- davon im Rathaus	Anz.	112	98	98
- davon im Schelmenturm	Anz.	31	31	49
- davon in der Marienburg	Anz.	40	29	47
- davon auf "Piwipper Böttchen"	Anz.	0	0	5
Vollzeitstellen	Anz.	2,12	2,20	2,25
Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Standesamtswesen				
Erträge aus Verwaltungsgebühren für Registerauskünfte und Eheschließungen	€	23.906	20.000	23.000

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen, Eheschließungen sowie Namensänderungen sind wesentliche Aufgaben des Standesamtes. Eheschließungen werden im Rathaus, im Schelmenturm, in der Marienburg und auf dem Piwipper Böttchen angeboten, in den Monaten April bis Oktober auch an Samstagen.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 04 Wahlen

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	22.133,52	25.000	29.200	6.200	0	20.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	23,98	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	22.157,50	25.000	29.200	6.200	0	20.000
11 - Personalaufwendungen	45.663,25	53.120	71.350	72.990	73.370	75.000
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.804,12	0	18.000	10.000	0	5.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.929,38	25.000	39.000	35.000	2.000	17.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	63.396,75	78.120	128.350	117.990	75.370	97.000
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-41.239,25	-53.120	-99.150	-111.790	-75.370	-77.000
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.420,00	6.920	6.920	6.920	6.920	6.920
29 = Ergebnis	-45.659,25	-60.040	-106.070	-118.710	-82.290	-83.920

Produktleistungen

Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von
 - Wahlen
 - Bürgerentscheiden und -begehren

Zielgruppen

Wahlberechtigte
 Parteien und Wählergruppen
 Beteiligte Behörden

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen steigen von 25.000 € um 4.200 € auf 29.200 €. Die Personalaufwendungen steigen aufgrund einer Verlagerung von Personalressourcen aus dem Produkt „Ordnungsangelegenheiten“ von 53.120 € um 18.230 € auf 71.350 €. Für die Durchführung der Wahlen sind Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 18.000 € sowie sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 39.500 € erforderlich.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 04 Wahlen

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Wahlen				
Wahlberechtigte Europawahl	Anz.	0	0	30.800
Wahlberechtigte Kommunalwahl	Anz.	0	0	33.400
Wahlberechtigte Integrationswahl	Anz.	0	0	5.500
Vollzeitstellen	Anz.	0,81	0,79	1,00

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Wahlen				
Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013	%	0,00	65,57	0,00

Erläuterungen zu den Leistungen

Am 25. Mai 2014 finden die Europawahl sowie die Kommunalwahl und die Wahl des Integrationsrates statt.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 05 Ordnungsangelegenheiten

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.237,75	28.300	26.300	26.300	26.300	26.300
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.477,58	7.000	5.500	5.500	5.500	5.500
7 + Sonstige ordentliche Erträge	61.504,01	58.000	68.200	68.200	68.200	68.200
10 = Ordentliche Erträge	95.219,34	93.300	100.000	100.000	100.000	100.000
11 - Personalaufwendungen	492.129,99	587.710	659.370	697.820	715.470	732.910
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	79.043,95	90.300	65.660	62.660	62.660	62.660
15 - Transferaufwendungen	0,00	28.160	26.360	26.860	27.360	27.860
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.819,67	6.300	6.000	6.000	6.000	6.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	580.993,61	712.470	757.390	793.340	811.490	829.430
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-485.774,27	-619.170	-657.390	-693.340	-711.490	-729.430
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.390,00	50.390	50.390	50.390	50.390	50.390
29 = Ergebnis	-526.164,27	-669.560	-707.780	-743.730	-761.880	-779.820

Produktleistungen

Beseitigung von ordnungswidrigen Zuständen
 Bußgeldverfahren
 Zwangsmaßnahmen
 Erteilung und Versagung von Erlaubnissen

Fortsetzung Produktleistungen

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet von Monheim am Rhein zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
 Schaffung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenraum
 Erreichung verkehrserziehender Effekte in Gebieten mit hoher Anzahl von Verstößen.

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Natürliche und juristische Personen
 Antragstellende Personen
 Auswärtige Personen
 Andere Bereiche der Verwaltung
 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten werden weniger Verwaltungsgebühren in Höhe von 2.000 € erwartet. Ebenso reduzieren sich die privatrechtlichen Leistungsentgelte um 1.500 €. Dem gegenüber erhöhen sich die sonstigen ordentlichen Erträge (Bußgelder) um 10.200 €. Die Personalaufwendungen erhöhen sich von 587.710 € um 71.660 € auf 659.370 €, u.a. durch eine befristete Aufstockung einer Halbtagsstelle und durch eine tarifkonforme Eingruppierung der Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienst. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen reduzieren sich von 90.300 € um 24.640 € auf 65.660 €. Diese Aufwendungen werden ab 2014 bei den Transferaufwendungen geplant. Die Transferaufwendungen steigen nicht (-1.800 €), da im Jahr 2013 bei den Transferaufwendungen ein einmaliger Zuschuss an das Tierheim Hilden gezahlt wurde.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 05 Ordnungsangelegenheiten

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Allgemeine Eingriffe der Ordnungsbehörde				
Koordination von Großveranstaltungen	Anz.	11	10	8
Durchführung von Zwangseinweisungen	Anz.	34	36	36
Meldungen Rattenbefall	Anz.	267	180	180
Durchführung von Bestattungen				
- davon Ersatzvornahme ohne Kostenerstattung	Anz.	6	3	5
- davon Ersatzvornahme mit Kostenerstattung	Anz.	4	4	3
Vollzeitstellen	Anz.	4,66	4,81	5,78
Außendienst Ordnungsbüro und Ruhender Verkehr/Innendienst				
Kontrollstunden allgemeine Ordnungsangelegenheiten	Anz.	2.691	5.400	5.700
Kontrollstunden Ruhender Verkehr	Anz.	2.246	4.200	4.200
Gemeinsame Aktionen im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit Kreispolizeibehörde	Std.	43	36	120
Gebührenpflichtige Verwarnungen	Anz.	4.593	4.200	4.450
Bußgeld- und Kostenbescheide	Anz.	1.032	1.260	1.230
Behinderten-Parkausweise und Ausnahmegenehmigung	Anz.	176	180	180
Vollzeitstellen	Anz.	3,38	3,33	3,90
Gewerbeangelegenheiten				
Angemeldete Betriebe und Gaststätten	Anz.	2.554	2.500	2.560
Gewerbebeanmeldungen	Anz.	375	420	396
Gewerbeummeldungen	Anz.	185	180	300
Gewerbeabmeldungen	Anz.	316	396	336
Gewerberegisterauskünfte	Anz.	823	840	720
Festgesetzte Bußgelder Gewerbeverstöße	Anz.	2	12	12
Gaststättenerlaubnisse (dauerhafte Konzessionen)	Anz.	20	24	24
Vorübergehende Gestattungen nach Gaststättengesetz	Anz.	67	70	70
Anmeldungen Gänselieselmarkt	Anz.	283	240	240
Vollzeitstellen	Anz.	1,30	1,83	1,66
Zivil und Katastrophenschutz				
Vollzeitstellen	Anz.	0,48	0,48	0,48

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Aufgabe der Ordnungsbehörde besteht in erster Linie in der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und in der Einhaltung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Monheim am Rhein.

Die Durchführung von Bestattungen ist im Bestattungsgesetz NRW geregelt. Wenn bestattungspflichtige Angehörige ihrer gesetzlichen Bestattungspflicht nicht nachkommen oder wenn keine Bestattungspflicht besteht führt die Ordnungsbehörde eine Bestattung durch. Zu den Aufgaben des Kommunalen Ordnungsdienstes gehören im Wesentlichen die Überwachung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen und Anlagen im Stadtgebiet auf der Grundlage der in Monheim am Rhein bestehenden Ordnungsbehördlichen Verordnung oder sonstiger Rechtsvorschriften. Die Überwachung des Ruhenden Verkehrs sowie die Teilnahme an Sondereinsätzen im Rahmen der Ordnungspartnerschaften mit der Polizei sind weitere Schwerpunkte.

Bei den Gewerbeangelegenheiten werden nicht nur Gewerbe-, -ab- und -ummeldungen bearbeitet, sondern auch Gaststätten-, Spielhallen-, oder Bewachererlaubnisse erteilt oder widerrufen sowie Erlaubnisse zur Aufstellung von Spielgeräten und Marktfestsetzungen (Jahrmärkte, Trödelmärkte etc.) und die Erteilung von Reisegewerbekarten ausgesprochen. Auch der jährliche Gänselieselmarkt wird organisiert und durchgeführt. Die Gewerbebehörde unterstützt und berät Vereine, Verbände und Institutionen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten für Großveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Polizei, der Feuerwehr und der Bauaufsicht. Der Zivil- und Katastrophenschutz umfasst die Vorbereitung von Maßnahmen für außergewöhnliche Ereignisse wie z.B. Vogelgrippe, Schweinepest, sonstige Seuchengefahren und Schutz der Bevölkerung bei Räumung von Kriegsmunition.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 05 Ordnungsangelegenheiten

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Allgemeine Eingriffe der Ordnungsbehörde				
Aufwendungen für die Beseitigung ordnungswidriger Zustände	€	45.706	41.000	29.500
Außendienst Ordnungsbüro und Ruhender Verkehr/Innendienst				
Erträge aus Verwargeldern ruhender Verkehr	€	61.610	58.000	68.200
Gewerbeangelegenheiten				
Erträge aus Gebühren für Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten	€	27.218	28.300	26.000
Erträge aus Standgebühren für den Gänselieselmarkt	€	6.478	7.000	5.000
Zivil und Katastrophenschutz				
Aufwendungen für Katastrophenschutz, Sicherheitskonzepte	€	382	10.000	8.000

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 06 Besondere Bürgerangelegenheiten

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	170.217,79	166.700	66.300	66.300	66.300	66.300
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	145.000	145.000	145.000	145.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	27,77	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	170.245,56	166.700	211.300	211.300	211.300	211.300
11 - Personalaufwendungen	139.459,03	212.580	207.330	210.260	212.010	216.030
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.487,72	65.100	73.100	73.100	73.100	73.100
15 - Transferaufwendungen	22.226,00	41.300	842.730	842.730	842.730	842.730
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.562,06	55.020	55.020	55.020	55.020	55.020
17 = Ordentliche Aufwendungen	248.734,81	374.000	1.178.180	1.181.110	1.182.860	1.186.880
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-78.489,25	-207.300	-966.880	-969.810	-971.560	-975.580
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	174.570,00	182.070	182.070	182.070	182.070	182.070
29 = Ergebnis	-253.059,25	-389.370	-1.148.950	-1.151.880	-1.153.630	-1.157.650

Produktleistungen

Bereitstellung von Wohnraum und Betreuung im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes:
 - schnelle Klärung des Spätaussiedlerstatus und Gewährung von Eingliederungshilfen zwecks Erleichterung und Beschleunigung der Integration dieser Bevölkerungsgruppe
 - Zügige Vermittlung in eine reguläre Mietwohnung.

Fortsetzung Produktleistungen

- Sicherstellung von Grundleistungen des täglichen Bedarfs und der Gesundheitsvorsorge
- Versorgung von wohnungslosen Personen mit Wohnraum in städtischen Unterkünften
- Stärkung des präventiven Ansatzes
- Sicherung des Lebensunterhaltes für ausländische Flüchtlinge und asylbegehrende Personen

Zielgruppen

Spätaussiedler und Vertriebene
 Bewohner/-innen der Obdachlosenunterkünfte
 ausländische Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte reduzieren sich um 100.400 € von 166.700 auf 66.300 €, da die Erträge für die Inanspruchnahme der Notunterkünfte an den Bereich 71 weitergeleitet werden. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen steigen durch die Verlagerung der Aufgabe „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ auf 145.000 €.

Die Personalaufwendungen sinken geringfügig von 212.580 € um 5.250 € auf 207.330 €. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen von 65.100 € um 8.000 € auf 73.100 €, da höhere Kosten für die Unterhaltung der Unterkünfte erforderlich sind. Die Transferaufwendungen steigen von 41.300 € um 801.430 € auf 842.730 €, da die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstmals veranschlagt werden.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 06 Besondere Bürgerangelegenheiten

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Verwaltung der Unterkünfte für Obdachlose, Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler				
Unterkünfte insgesamt	Anz.	7	7	7
Zur Verfügung stehende Plätze in Unterkünften gesamt	Anz.	198	198	198
Tatsächlich belegbare Plätze	Anz.	148	148	148
Belegung durch Obdachlose	Anz.	50	61	35
Belegung durch Flüchtlinge und Asylbewerber	Anz.	137	112	156
Belegung durch Aussiedler	Anz.	0	0	0
Fallzahlen nach AsylbLG	Anz.	72	64	91
Anspruchsberechtigte nach dem AsylbLG (Pausch. Erstattung)	Anz.	67	35	67
Anspruchsberechtigte nach dem AsylbLG (Ohne Erstattung)	Anz.	83	79	124
Vollzeitstellen	Anz.	2,81	4,07	4,10
Vollzeitstellen AsylbLG	Anz.	0,55	0,55	0,55

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Verwaltung der Unterkünfte für Obdachlose, Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler				
Erträge aus Benutzungsgebühren der Wohnheime	€	157.705	166.700	66.300
Zuschuss an SKFM für Beratung und Sozialarbeit (Flüchtlinge, Asylbewerber)	€	20.027	18.000	20.000
Zuschuss an SKFM für Betreuung Obdachlose	€	22.226	36.300	37.730
Aufwendungen für angemieteten Wohnraum für Obdachlose, Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler	€	30.770	53.520	53.520

Erläuterungen zu den Leistungen

Bereitstellung von Wohnraum und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen sowie obdachlosen Personen. Aus organisatorischen und fachlichen Gründen wurde das Sachgebiet „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ vom Produkt 32.07 Allgemeine Sozialhilfe dem Produkt 32.06 Besondere Bürgerangelegenheiten zugeordnet.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 07 Allgemeine Sozialhilfe

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.226,00	0	0	0	0	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	138.087,18	110.000	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	29,26	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	140.342,44	113.000	3.000	3.000	3.000	3.000
11 - Personalaufwendungen	260.328,38	295.360	312.720	322.010	327.650	337.920
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250	250	250	250	250
15 - Transferaufwendungen	597.440,42	645.000	60.000	60.000	60.000	60.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.995,72	4.000	3.000	3.000	3.000	3.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	881.764,52	944.610	375.970	385.260	390.900	401.170
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-741.422,08	-831.610	-372.970	-382.260	-387.900	-398.170
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.290,00	19.290	19.290	19.290	19.290	19.290
29 = Ergebnis	-760.712,08	-850.900	-392.260	-401.550	-407.190	-417.460

Produktleistungen

Sicherung des Lebensunterhaltes und Sozialplanung mit dem Ziel der unabhängigen Lebensführung durch fachliche und sozialkompetente Beratung und Aufklärung

Fortsetzung Produktleistungen

Gewährung von Leistungen gemäß Sozialgesetzbuch XII. Teil (SGB XII)
 Enge Zusammenarbeit mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege

Zielgruppen

Personen mit den Ansprüchen nach dem SGB XII
 von Obdachlosigkeit bedrohte Personen

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen sinken auf 0 € durch die Verlagerung der Aufgabe „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ in das Produkt 32.06.
 Die Personalaufwendungen steigen von 295.360 € um 17.360 € auf 312.720 € aufgrund der Neueinrichtung einer Vollzeitstelle SGB XII sowie Verlagerung von Personalressourcen in andere Produkte.
 Die Transferaufwendungen sinken aufgrund der Verlagerung der Aufgabe „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ von 645.000 € um 585.000 € auf 60.000 €.
 Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sinken von 4.000 € um 1.000 € auf 3.000 €, da die Fortbildungskosten in das Produkt 32.00 Bereichsinterner Overhead verlagert wurden.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 07 Allgemeine Sozialhilfe

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Allgemeine Sozialhilfe (Leistungen gemäß SGB XII)				
Fälle gesamt	Anz.	1.023	1.034	1.036
Fallzahl Grundsicherungsleistungen	Anz.	488	497	505
Fallzahl Hilfe zum Lebensunterhalt	Anz.	143	148	159
Bewilligte Anträge nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz	Anz.	392	380	360
Vollzeitstellen SGB XII und BuT	Anz.	3,42	3,65	4,04
Wohnraumsicherung				
Räumungsklagen	Anz.	76	70	87
Anstehende Zwangsräumungen	Anz.	83	64	80
- davon Zwangsräumungen verhindert	Anz.	38	32	51
Vollzeitstellen	Anz.	1,20	1,12	0,62

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Allgemeine Sozialhilfe (Leistungen gemäß SGB XII)				
Zuschuss vom Land für Asylbewerber	€	138.087	110.000	0
Zuschuss an Schuldnerberatung	€	20.000	40.000	40.000
Zuschuss an Sozialberatung	€	5.000	5.000	5.000
Aufwendungen für Asylbewerberleistungen	€	570.214	600.000	0
Grundsicherungsquote	%	1,16	1,18	1,20
Wohnraumsicherung				
Quote nicht durchgeführter Zwangsräumungen	%	45,78	50,00	63,75

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Planwerte für 2014 basieren auf den Ergebnissen des Vorjahres.

Anspruchsberechtigt auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind Personen mit regulärer oder ohne Altersrente oder dauerhaft voll Erwerbsgeminderte mit gewöhnlichem Aufenthalt in Monheim am Rhein, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht aus Einkommen und Vermögen sicherstellen können.

Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Personen mit vorgezogener Altersrente oder vorübergehender Erwerbsminderung (weniger als drei Stunden täglich erwerbsfähig), wenn sie nicht mit einer erwerbsfähigen Person eine Bedarfsgemeinschaft bilden. Weitere Leistungen sind Pflegeleistungen an Personen mit eigenem Hausstand (ambulante Pflege), Zahlungen für Haushaltshilfen oder Krankenhilfe.

Einen rechtlichen Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets haben alle Leistungsberechtigten nach dem Wohngeldgesetz, Bundeskindergeldgesetz, dem Sozialgesetzbuch XII. Teil und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Anspruchsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch II. Teil müssen ihre Anträge im Jobcenter stellen.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales

Produkt: 08 Wohngeld

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.755,00	800	800	800	800	800
10 = Ordentliche Erträge	1.755,00	800	800	800	800	800
11 - Personalaufwendungen	142.708,71	157.570	143.020	146.130	148.950	151.530
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.000,26	0	0	0	0	0
17 = Ordentliche Aufwendungen	157.708,97	157.570	143.020	146.130	148.950	151.530
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-155.953,97	-156.770	-142.220	-145.330	-148.150	-150.730
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.110,00	16.110	16.110	16.110	16.110	16.110
29 = Ergebnis	-172.063,97	-172.880	-158.330	-161.440	-164.260	-166.840

Produktleistungen

Gewährung von Wohngeld als Mietzuschuss für angemieteten Wohnraum und Lastenzuschuss für Eigentum
Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen

Zielgruppen

Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum im Sinne des Wohngeldgesetzes

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen verringern sich aufgrund der Verlagerung von Stellenanteilen von 157.570 € um 14.550 € auf 143.020 €.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 08 Wohngeld

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Wohngeld				
Bearbeitungsfälle	Anz.	873	1.029	1.020
Berechnung Mietzuschuß	Anz.	818	952	900
Berechnung Lastenzuschuß	Anz.	46	65	48
Rückforderungen	Anz.	9	12	72
Wohnberechtigungsscheine	Anz.	277	230	264
Proberechnungen Wohngeld	Anz.	0	0	84
Vollzeitstellen	Anz.	2,47	2,81	2,42

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Planwerte für 2014 wurden entsprechend der Ergebnisse in 2013 angepasst. Die Bewilligung des Wohngeldanspruchs und Auszahlung erfolgt nach Vorliegen aller Unterlagen innerhalb eines Zeitraums von maximal vier Wochen.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 09 Unterhalt

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
3 + Sonstige Transfererträge	83.358,32	92.000	92.000	92.000	92.000	92.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27,20	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	331.157,58	350.000	365.000	365.000	365.000	365.000
10 = Ordentliche Erträge	414.543,10	442.000	457.000	457.000	457.000	457.000
11 - Personalaufwendungen	117.784,13	123.640	119.280	122.200	124.130	126.510
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.606,31	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
15 - Transferaufwendungen	772.112,28	730.000	780.000	780.000	780.000	780.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.108,63	0	0	0	0	0
17 = Ordentliche Aufwendungen	943.611,35	898.640	944.280	947.200	949.130	951.510
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-529.068,25	-456.640	-487.280	-490.200	-492.130	-494.510
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.590,00	7.590	7.590	7.590	7.590	7.590
29 = Ergebnis	-536.658,25	-464.230	-494.870	-497.790	-499.720	-502.100

Produktleistungen

Finanzielle Unterstützung von unterhaltsberechtigten Kindern alleinstehender Mütter und Väter und Reduzierung der Sozialleistungen gem. SGB XII durch:
 - Sicherung des Mindestunterhaltsbedarfes gemäß dem Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG).

Fortsetzung Produktleistungen

- Sicherung des Unterhaltsbedarfes nichtehelicher Kinder, Kindern aus getrennt lebender und geschiedener Ehen
- Sicherung des Unterhaltsbedarfes von erwerbsunfähigen Personen und Personen über 65 Jahren
- Überprüfung und Feststellung der Unterhaltsfähigkeit und Heranziehung von Unterhaltspflichtigen gemäß UVG und SGB XII

Zielgruppen

Kinder alleinstehender Mütter und Väter
 unterhaltsberechtigte Personen
 unterhaltspflichtige Personen

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Auf Grund der höheren Nachfrage nach UVG-Leistungen erhöhen sich die Transferaufwendungen von 730.000 € um 50.000 € auf 780.000 €. Dementsprechend steigen die Kostenumlagen und Kostenerstattungen von 350.000 € um 15.000 € auf 365.000 €. Die Personalaufwendungen sinken im Vergleich zum Vorjahr von 123.640 € geringfügig um 4.360 € auf 119.280 €.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 09 Unterhalt

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Unterhalt				
Gesamtzahl der UVG-Fälle	Anz.	1.192	1.100	1.190
- davon Heranziehungsfälle Unterhaltspflichtige	Anz.	771	585	350
- davon Leistungsfälle	Anz.	421	415	425
Heranziehungsfälle SGB XII	Anz.	0	0	55
Vollzeitstellen	Anz.	2,25	2,09	1,99

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Unterhalt				
Erträge aus geltend gemachten Ansprüchen von Unterhaltspflichtigen	Anz.	83.020	92.000	92.000
Erträge aus Erstattungen des Landes nach dem UVG	Anz.	331.158	350.000	365.000
Aufwendungen für Leistungen an Anspruchsberechtigte nach dem UVG	Anz.	772.112	730.000	780.000
UVG-Fälle je Vollzeitstelle	Anz.	530	526	598

Erläuterungen zu den Leistungen

Anspruch auf Unterhaltsvorschuss oder -ausfallleistungen hat, wer das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, im Geltungsbereich des Gesetzes bei einem seiner Elternteile lebt, der ledig, verwitwet oder geschieden ist oder von seinem Ehegatten oder Lebenspartner dauernd getrennt lebt und nicht regelmäßig Unterhalt von dem anderen Elternteil erhält. Die Bewilligung erfolgt auf Antrag des Elternteils, bei dem das Kind lebt.

An den Aufwendungen beteiligen sich der Bund und das Land mit 46,667 v. H. Die Stadt Monheim am Rhein muss 53,333 v. H. als eigene Transferleistung aufbringen. Dem Bund und das Land ist aus den Erträgen durch Heranziehung der Unterhaltspflichtigen gemäß Unterhaltsvorschussgesetz jährlich ein Betrag in identischer prozentualer Relation zu erstatten.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 10 Feuerwehr

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.896,57	0	1.500	1.540	1.580	1.620
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	41.217,25	20.200	20.200	20.200	20.200	20.200
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	727,60	2.500	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	900,44	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	45.741,86	22.700	21.700	21.740	21.780	21.820
11 - Personalaufwendungen	1.316.281,77	1.613.170	1.715.160	1.801.880	1.800.420	1.852.410
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	148.227,76	119.330	171.000	174.520	180.140	179.860
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	139.418,38	151.500	215.500	199.470	204.290	209.160
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.603.927,91	1.884.000	2.101.660	2.175.870	2.184.850	2.241.430
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.558.186,05	-1.861.300	-2.079.960	-2.154.130	-2.163.070	-2.219.610
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	98.210,00	98.210	98.210	98.210	98.210	98.210
29 = Ergebnis	-1.656.396,05	-1.959.510	-2.178.170	-2.252.340	-2.261.280	-2.317.820

Produktleistungen

Feuerwehr

- Abwehrender und vorbeugender Brandschutz
- Bekämpfung von Schadfeuern
- Technische Hilfeleistungen bei
 - Unglücksfällen
 - öffentlichen Notständen
 - Naturereignissen
 - Explosionen
 - Katastrophen

Zielgruppen

- Einwohnerinnen und Einwohner
- Besucherinnen und Besucher
- Hilfe suchende und hilfebedürftige Menschen

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Es werden geringe Erstattungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen in Höhe von 1.500 € erwartet. Es werden keine privatrechtlichen Leistungsentgelte erwartet. Der Ansatz wird daher auf 0 € gesetzt.
 Die Personalaufwendungen steigen von 1.613.170 € um 101.990 € auf 1.715.160 €. Dies ist insbesondere zurückzuführen aufgrund der Beförderung von Feuerwehrbeamten sowie durch die Erhöhung der Besoldungen für 4 Brandmeisteranwärter nach Beendigung der erfolgreichen Ausbildung.
 Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich von 119.938 € um 51.062 € auf 171.000 €. Dies resultiert u.a. aufgrund der wartungsbedingten Anschaffung von Ersatzteilen der Atemschutzgeräte.
 Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich u.a. durch die steigenden Aus- und Fortbildungskosten von 151.500 € um 64.000 € auf 215.500 €.

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Gemeinden unterhalten gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW (FSHG NW) den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehren, um Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Die Gemeinden treffen ferner Maßnahmen zur Verhütung von Bränden.

Umsetzung der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes 2012

Ziel ist die Sicherstellung eines qualifizierten Brandschutzes im Stadtgebiet zu allen Tages- und Nachtzeiten. Der Brandschutzbedarfsplan wurde im Jahre 2002 vom Rat beschlossen und im Jahr 2012 fortgeschrieben. Die Umsetzung der aus der Fortschreibung resultierenden Maßnahmen, die vom Rat beschlossen wurden, sind sukzessive umzusetzen.

Fortsetzung Produktleistungen

- Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren
- Brandschauen
- Gestellung von Brandsicherheitswachen
- Brandschutzerziehung und -aufklärung
- Beteiligung bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten

Bereich: 32 Ordnung und Soziales

Produkt: 10 Feuerwehr

Personal

Die im Brandschutzbedarfsplan beschriebenen Personalmaßnahmen (hauptamtlicher Bereich) sind umgesetzt. Vor dem Hintergrund der auslaufenden Opt-Out-Regelung (Umstellung von 54 auf 48 Wochenstunden) ergibt sich ein höherer Personalfaktor je Funktionsstelle.

Baumaßnahmen

Die im beschlossenen Brandschutzbedarfplan festgestellten Defizite bei der Raumversorgung wurden im Rahmen einer Bedarfsplanung aufgegriffen. Lösungsvorschläge werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2014 vorgestellt.

Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr

Seit 2013 erfolgt eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, neue Kräfte dauerhaft für die Freiwillige Feuerwehr und für die Jugendfeuerwehr zu gewinnen und zu qualifizieren.

Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Feuerwehr

Für zwei Löschgruppenfahrzeuge (LF 16 TS, Bj. 1984, bereits veräußert und LF 16 TS, Bj. 1988, Eigentümer Bund) muss im Haushaltsjahr 2014 eine Ersatzbeschaffung durchgeführt werden, da die Fahrzeuge altersbedingt stark verschlissen sind und ersetzt werden müssen. Die Ersatzteilversorgung ist nicht mehr sichergestellt. Ein zweckmäßig ausgestattetes Fahrzeug soll beide ersetzen. Das vorhandene Fahrzeug ist in der jetzigen Form nicht mehr genormt und kann so nicht mehr gebaut werden. Der Eigentümer des Fahrzeuges ist der Bund, mit einer Ersatzbeschaffung durch den Bund kann bis auf weiteres nicht gerechnet werden. Das stadteneigene Fahrzeug wurde bereits veräußert, da es für Einsatzzwecke nicht mehr nutzbar war. In verschiedenen Einsätzen hat sich jedoch gezeigt, dass die Feuerwehr auf mindestens ein Fahrzeug dieser Konzeption angewiesen ist. Hier sind beispielhaft die zunehmenden Einsätze durch Unwetter (Sturm, Starkregen etc.) zu nennen. Insbesondere bei größeren Brandereignissen auf entlegeneren Liegenschaften (Haus Bürgel, Reitställe, Wald und Wieseflächen etc.) muss zudem innerhalb kürzester Zeit eine Wasserversorgung über lange Wegstrecke aufgebaut werden, da eine ausreichende Löschwasserversorgung dort nicht vorhanden ist. Das neue LF 20/6 TS deckt genau diesen Bedarf ab und ist darüber hinaus auch als Universallöschfahrzeug für das „Alltagsgeschäft“ nutzbar. Dies stellt eine Verbesserung gegenüber dem alten LF 16 TS dar. Die Maßnahme ist gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz für die Pflichtaufgabe Feuerschutz unabweisbar. Die Ersatzbeschaffung ist mit 350.000 € für das Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan B veranschlagt.

Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens (ELW 1)

Der vorhandene Einsatzleitwagen (ELW 1) stammt aus dem Jahr 2004 und wird täglich zur Führung und Leitung von Feuerwehreinsätzen eingesetzt. Er dient der Einsatzleitung als taktisches Führungsmittel. Im Einsatzleitwagen läuft die gesamte Kommunikation zwischen Führungs- und Einsatzkräften, der Feuer- und Rettungswache und der Kreisleitstelle zusammen. Zudem dient er den Führungskräften zur Lagebesprechung und Auswertung von Einsatzunterlagen und Plänen bei größeren Einsätzen, z.B. in den zahlreichen Industriebetrieben. Die Laufzeit des Einsatzleitwagens ist gemäß der vom Rat beschlossenen Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes auf 10 Jahre festgelegt worden. Die Ersatzbeschaffung ist somit Teil der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes. Mit der künftigen Einführung des Digitalfunks muss das Fahrzeug grundlegend neu konzipiert werden. Die Maßnahme ist gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz für die Pflichtaufgabe Feuerschutz unabweisbar. Die Ersatzbeschaffung ist mit 150.000 € im Teilfinanzplan B für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagt.

Ersatzbeschaffung von zwei Mannschaftstransportwagen

Die vorhandenen MTW der Löschzüge I und II der Freiwilligen Feuerwehr stammen aus dem Jahr 2004 und müssen aufgrund des vorhandenen Verschleißes ersetzt werden. Es besteht Transportbedarf bei Übungen, Ausbildungs- und Schulungsveranstaltungen, Einsätzen und für den Bedarf der Jugendfeuerwehr. Die Laufzeit der MTW ist gemäß der vom Rat beschlossenen Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes auf 10 Jahre festgelegt worden. Die Ersatzbeschaffung ist somit Teil der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes. Für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr ist die Beschaffung gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NW unabweisbar. Die Ersatzbeschaffung ist mit 100.000 € im Teilfinanzplan B für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagt.

Beschaffung TLF 4000

Im Rahmen der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes wurde die Stadt Monheim am Rhein von der Aufsichtsbehörde angewiesen, die Löschwasserversorgung in den Industriegebieten zu überprüfen. Die Brandschutzdienststelle hat daraufhin mit dem Wasserversorger die tatsächlichen Kapazitäten geprüft und in einigen Gebieten teils erhebliche Defizite festgestellt. Die zahlreichen Industriebetriebe machen es erforderlich, größeren Mengen an Löschwasser, Schaummittel, Pulver und CO₂ mitzuführen, um im Brandfall schnell und adäquat reagieren zu können. Bei Industriebränden ist u.U. nur der schnelle Einsatz größerer Mengen an Löschmittel erfolgversprechend, damit größere Schäden und damit Produktionsausfälle verhindert werden können. Das Fahrzeug wird zudem für abgelegene Stallungen (Gut Blee, Haus Bürgel, Reitstall am Werth etc.) benötigt, da hier ebenfalls keine Löschwasserversorgung vorhanden ist. Der Anschaffungspreis ergibt sich durch das notwendig hohe Gesamtgewicht des Fahrgestelles (18 Tonnen), den großen Löschwasserbehälter (mindestens 5.000 Liter), die starke Pumpenleistung und der Vorhaltung größerer Mengen an Schaummittel. Der Kreis Mettmann als Aufsichtsbehörde fordert die Beschaffung eines TLF 4000 zur Kompensation von mangelnder Löschwasserversorgung in der Peripherie bzw. bei großen Industrieobjekten in seiner Stellungnahme zur Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes. Die Maßnahme ist gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz für die Pflichtaufgabe Feuerschutz unabweisbar. Die Beschaffung ist mit 410.000 € im Teilfinanzplan B für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagt.

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren

Seit Mai 2011 hat die Feuerwehr die Aufgabe der Brandschutzdienststelle gem. § 5 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW (FSHG NRW) vom Kreis Mettmann übernommen und wird seitdem im Baugenehmigungsverfahren neben den Aufgaben der Brandschau im Rahmen der brandschutztechnischen Stellungnahme beteiligt.

Beteiligung Sicherheitskonzepte

Nach der Loveparade in Duisburg wurde durch Erlass des Innenministeriums verfügt, dass die Feuerwehren bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten bei Großveranstaltungen zu beteiligen sind.

Brandschutztechnische Beratung vor Ort

Seit der Übernahme der Aufgabe der Brandschutzdienststelle werden Beratungen vor Ort für Architekten, Bauherren und Betreiber durchgeführt.

Brandschutztechnische Beratung fernmündlich

Seit der Übernahme der Aufgabe der Brandschutzdienststelle werden fernmündliche Beratungen für Architekten, Bauherren und Betreiber durchgeführt.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 10 Feuerwehr

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Feuerwehr				
Einsätze insgesamt	Anz.	1.086	977	1.064
- davon Fehlalarmierungen	Anz.	185	135	172
- davon Brandeinsätze	Anz.	351	285	342
- davon technische Hilfeleistungen	Anz.	550	557	550
Mitglieder in der freiwilligen Feuerwehr	Anz.	131	134	130
Mitglieder in der Jugendfeuerwehr	Anz.	17	26	25
Beteiligung bei bauaufsichtlichen Verfahren	Anz.	45	36	60
Beteiligung Sicherheitskonzepte	Anz.	6	6	6
Brandschauen / Nachschauen	Anz.	111	96	84
Brandsicherheitswachen bei Veranstaltungen	Anz.	34	32	34
Brandschutztechnische Beratung vor Ort	Anz.	130	120	120
Brandschutztechnische Beratung fernmündlich	Anz.	160	240	180
Brandschutzerziehung / -unterweisung	Pers.	234	515	234
Schulalarm	Anz.	9	12	9
Vollzeitstellen	Anz.	27,22	28,83	33,05

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Feuerwehr				
Erträge aus Brandsicherheitswachen, Brandschauen und kostenpflichtigen Einsätzen	€	41.217	20.200	20.200
Aufwendungen für KFZ-Betriebskosten und -Versicherungen	€	19.858	86.500	43.000
Aufwendungen für die Unterhaltung der Feuermelde- und Nachrichtenanlage, Atemschutzgeräte und sonsti	€	26.711	31.830	45.000
Sonstige Personalaufwendungen für Angehörige der freiwilligen Feuerwehr	€	19.092	37.300	15.000
Beiträge zu Feuerwehrverbänden	€	28.007	33.200	35.000
Festwerte für Dienstkleidung	€	29.195	45.000	52.000
Festwerte für Feuerwehrschläuche	€	1.272	6.000	3.000
Quote Fehlalarmierungen an Einsätzen insgesamt	%	17,03	13,82	16,17

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 11 Rettungsdienst und Krankentransport

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.052.410,42	950.000	1.130.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	262,20	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	1.052.672,62	950.000	1.130.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000
11 - Personalaufwendungen	735.526,10	794.160	1.012.370	799.150	799.210	822.760
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	108.046,08	113.550	164.550	168.850	173.100	177.900
15 - Transferaufwendungen	149.418,01	126.000	135.000	138.200	141.400	144.700
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.766,27	43.300	55.500	55.780	57.280	58.930
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.015.756,46	1.077.010	1.367.420	1.161.980	1.170.990	1.204.290
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	36.916,16	-127.010	-237.420	-11.980	-20.990	-54.290
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	101.290,00	101.290	101.290	101.290	101.290	101.290
29 = Ergebnis	-64.373,84	-228.300	-338.710	-113.270	-122.280	-155.580

Produktleistungen

Notfallrettung

Lebensrettende Maßnahmen am Notfallort bei Notfallpatienten
 Herstellung der Transportfähigkeit
 Transport in ein geeignetes Krankenhaus

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Besucherinnen und Besucher
 Hilfe suchende und hilfebedürftige Menschen

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erhöhen sich insbesondere durch den Einsatz des zweiten Rettungswagens von 950.000 € um 180.000 € auf 1.130.000 €.
 Für den zweiten Rettungswagen sind höhere Personalressourcen erforderlich. Entsprechend steigen die Personalaufwendungen von 794.160 € um 218.210 € auf 1.012.370 €. Zudem erfolgten die Beförderung von Feuerwehrbeamten sowie die Erhöhung der Besoldungen für 4 Brandmeisteranwärter nach Beendigung der erfolgreichen Ausbildung.
 Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich von 113.550 € um 51.000 € auf 164.550 € aufgrund höherer KFZ-Kosten (u.a. Anschaffung zweiter Rettungswagen) sowie steigende Kosten für die Unterhaltung der Betriebsvorrichtungen.
 Die Transferaufwendungen erhöhen sich von 126.000 € um 9.000 € auf 135.000 €, da die Kosten für den Malteser Hilfsdienst aufgrund des Verbraucherpreisindex neu festgelegt wurden.
 Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich u.a. durch die steigenden Aus- und Fortbildungskosten von 43.300 € um 12.200 € auf 55.500 €.

Fortsetzung Produktleistungen

Krankentransport

Fachgerechte Hilfe leisten
 Unter Betreuung durch qualifiziertes Personal mit Krankenkraftwagen befördern



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 11 Rettungsdienst und Krankentransport

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Rettungsdienst				
Einsätze insgesamt	Anz.	3.536	4.512	4.511
- davon Rettungstransporte	Anz.	1.348	2.090	2.308
- davon Krankentransporte	Anz.	1.903	2.176	1.903
- davon sonstige Einsätze	Anz.	122	150	120
- davon Brandbegleitungsfahrten	Anz.	106	48	120
- davon Fehlalarmierungen	Anz.	57	48	60
Vollzeitstellen	Anz.	16,45	17,14	21,70

Kennzahlen	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Rettungsdienst				
Erträge aus Gebühren für die Inanspruchnahme Rettungsdienst/Krankentransport	€	1.052.806	950.000	1.130.000
Aufwendungen für Ausbildung	€	16.057	18.000	63.000
Zuschuss an Malteserhilfsdienst für Krankentransport	€	127.438	126.000	130.000
Kostenanteil Kreisleitstelle	€	38.010	39.500	45.000
Festwerte für Dienstkleidung	€	7.628	20.000	23.000
Quote Fehlalarmierungen an Einsätzen insgesamt	%	1,61	1,06	1,33

Erläuterungen zu den Leistungen

Der Rettungsdienst hat gem. § 2 Rettungsgesetz NRW (RettG NRW) die Aufgabe, bei Notfallpatientinnen und -patienten lebensrettende Maßnahmen am Notfallort durchzuführen, deren Transportfähigkeit herzustellen und sie unter Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit und Vermeidung weiterer Schäden mit Notarzt- oder Rettungswagen oder Luftfahrzeugen in ein für die weitere Versorgung geeignetes Krankenhaus zu befördern. Notfallpatientinnen und Notfallpatienten sind Personen, die sich infolge Verletzung, Krankheit oder sonstiger Umstände entweder in Lebensgefahr befinden oder bei denen schwere gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, wenn sie nicht unverzüglich medizinische Hilfe erhalten.

Der Krankentransport hat die Aufgabe, Kranken oder Verletzten oder sonstigen hilfsbedürftigen Personen, die nicht unter Absatz 1 fallen, fachgerechte Hilfe zu leisten und sie unter Betreuung durch qualifiziertes Personal mit Krankenkraftwagen zu befördern. Hinzu kommt teilweise die Aufgabe der Zwangseinweisung nach PsychKG.

Nach Vorgabe der Aufsichtsbehörde wurde zur schnellstmöglichen Sicherstellung des Brandschutzes die Pflichtaufgabe des Krankentransportes an eine Hilfsorganisation (Malteser Hilfsdienst – zum 1.11.2003) übertragen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird mit einer kontinuierlichen Steigerung der Rettungsdiensteinsätze und Krankentransporte gerechnet. Dadurch erhöhen sich Einsatzzahlen und Aufwendungen, denen höhere Erträge gegenüber stehen.

Durch die Schließung des Monheimer Krankenhauses wird die Anschaffung eines weiteren Rettungswagens erforderlich. Hierdurch steigen sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen im Produkt.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 12 Stadtteilmanagement

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000
10 = Ordentliche Erträge	0,00	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000
11 - Personalaufwendungen	0,00	69.970	71.250	72.950	73.520	74.590
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	47.500	47.500	47.500	47.500	47.500
17 = Ordentliche Aufwendungen	0,00	147.470	148.750	150.450	151.020	152.090
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0,00	-126.470	-127.750	-129.450	-130.020	-131.090

Produktleistungen

Ressort- und verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit mit Einwohnerinnen und Einwohnern, mit verschiedenen lokalen Akteuren in Monheim am Rhein, besonders im Berliner Viertel, mit unterschiedlichen Zielrichtungen sowie Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Veranstaltungen, Maßnahmen und Projekten.

Zielgruppen

EinwohnerInnen der Stadt Monheim am Rhein, insbesondere des Berliner Viertels
 Lokale Wirtschaft und Einzelhandel
 Träger der freien Wohlfahrtspflege (AWO, BeratungsCentrum, SKFM u.a.)Vereine

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalkosten steigen geringfügig von 69.970 € um 1.280 € auf 71.250 €.



Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 12 Stadtteilmanagement

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014
Stadtteilmanagement				
Veranstaltungen	Anz.	7	5	6
Vollzeitstellen	Anz.	0,00	1,00	1,00

Erläuterungen zu den Leistungen

Die geplanten Maßnahmen und Veranstaltungen sollen verschiedene Handlungsfelder des integrierten Handlungskonzepts (z.B. Wirtschaft / Einzelhandel / Integration / Sport / Familie) abdecken. Es werden verschiedene Akteure mobilisiert und in gesamtstädtische Aktionen eingebunden.